

**Rede
von**

Frank Henning, MdL

zu TOP Nr. 41

Abschließende Beratung

**Ausbeutung beenden - Verbot von Werkverträgen in
der Fleischindustrie durchsetzen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 18/6814

während der Plenarsitzung vom 10.06.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

vielen Dank an die grüne Landtagsfraktion, dass Sie mit Ihrem Antrag heute die Arbeit der Bundesregierung, allen voran Hubertus Heil als unseren Bundesarbeitsminister, unterstützen. Denn es war unser Bundesarbeitsminister, der das Verbot von Werkverträgen in der Fleischindustrie durchgesetzt hat.

Werkverträge in der Fleischbranche sind menschenverachtend, beuten Menschen aus, und elementare Arbeitnehmerrechte bleiben dabei auf der Strecke. Darüber sind wir uns alle einig.

Insofern war Ihr Ursprungsantrag durch das beherzte Handeln von Hubertus Heil schon in der Sache erledigt, als Sie ihn gestellt haben. Mit dem heute vorliegenden Änderungsantrag korrigieren Sie Ihren eigenen Ursprungsantrag und wollen noch einmal drauflegen, noch einmal die Regeln verschärfen. Ich habe den Eindruck, Sie wollten einfach noch einmal eine eigene Duftmarke setzen, um nicht zugeben zu müssen, dass Hubertus Heil unser gemeinsames Kernanliegen, die Werkverträge in der Fleischindustrie zu verbieten, längst erledigt und durchgesetzt hat.

Die Unterrichtung durch die Landesregierung im Wirtschaftsausschuss hat im Übrigen ergeben, dass Ihre zusätzlichen Punkte im Änderungsantrag so nicht umsetzbar sind:

Für die von der grünen Fraktion geforderte erhöhte Kontrollquote von 5 Prozent schon im Jahre 2026 wird es an dem bis dahin erforderlichen qualifizierten zusätzlichen Personal fehlen, weil dessen Qualifizierung eines gewissen zeitlichen Vorlaufes bedarf. Der Forderung nach einer derart zeitnahen Verschärfung der Kontrollen stehen somit ganz praktische Umsetzungsschwierigkeiten entgegen.

Im Übrigen sind auch nicht die Kommunen, sondern die staatlichen Gewerbeaufsichtsämter für Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz zuständig. Auch dieser Punkt Ihres Änderungsantrages geht also ins Leere.

Was mich an Ihrem Antrag aber generell stört, ist die einseitige Fokussierung auf die Fleischindustrie. Auch Ihr erweiterter Änderungsantrag bezieht sich nur auf die Fleischindustrie. Ihr Antrag ist im Kern durch das Werksvertragsverbot in der Fleischindustrie erledigt, und Ihr Änderungsantrag verengt die Sicht einseitig auf die Fleischindustrie und greift damit zu kurz.

Wir müssen doch feststellen, dass das Problem der Werkverträge viel weitergehender ist und viel mehr Branchen umfasst. Das System der

Werkverträge ist in den letzten Jahren auf viele Branchen ausgeweitet worden und wird damit auf eine unrühmliche Spitze getrieben.

Wir wenden uns als SPD-Fraktion gegen Werkverträge, wenn sie dazu missbraucht werden, ganze Belegschaften und Kernbestandteile der Produktion auszulagern, weil mit ihnen Tarife und Arbeitsbedingungen unterlaufen und vor allen Dingen Handlungsmöglichkeiten von Betriebsräten ausgehebelt werden sollen.

Vielen Unternehmen geht es vor allen Dingen nur darum, mit Werkverträgen die Verantwortung für ihre Beschäftigten abzugeben. Es kann nicht sein, dass die Mehrheit der Beschäftigten bei Subunternehmern angestellt ist, die ausschließlich über Werkverträge als Dienstleister tätig sind.

Das Kerngeschäft darf nicht ausschließlich oder überwiegend per Werkvertrag erledigt oder der gesamte Produktionsprozess an Externe delegiert werden. Stammbesellschaften müssen wieder eine klare, erkennbare Mehrheit unter den Beschäftigten bilden. Werkverträge dürfen nicht dazu missbraucht werden, Schutzvorschriften abzubauen und zu umgehen und dürfen dann schlicht und einfach nicht mehr zum Zuge kommen.

Ausbeutung und systematische Umgehung gesetzlicher Mindeststandards gehören hier zum System. Erfahrungen insbesondere aus der Beratungspraxis von „Faire Mobilität“, der Beratungsstelle des DGB in Oldenburg, zeigen, welche Tricks Subunternehmer hier anwenden.

Der Bund unterstützt die Beratungsstellen des Projektes „Faire Mobilität“ des DGB mit jährlich bis zu 4 Millionen Euro, und die Niedersächsische Landesregierung unterstützt die fünf Beratungsstellen für mobile Beschäftigte des Trägers Arbeit und Leben mit jährlich rund 850.000 Euro aufgrund einer politischen Initiative der SPD-Landtagsfraktion.

Jüngstes Beispiel wieder einmal die Meyer Werft in Papenburg! Für großen Streit sorgen auch hier die Werkverträge. Betriebsrat und Gewerkschaft IG Metall werfen der Geschäftsführung vor, Kernarbeiten über Werkverträge erledigen zu lassen, während die Stammbesellschaft in Kurzarbeit ist.

Ich bin geradezu entsetzt über die aktuellen Vorkommnisse auf der Papenburger Meyer Werft. Der Versuch der Geschäftsleitung, die Belegschaft zu spalten und ohne Beteiligung des Betriebsrates eine Abstimmung über 1.000 oder 660 Entlassungen herbeizuführen, ist ein unmöglicher Vorgang. Ein derartiger Umgang mit der Angst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Meyer Werft und deren Familien ist aus Sicht der SPD-Fraktion unverantwortbar.

Unsere Fraktionsvorsitzende Hanne Modder hat da als zuständige Wahlkreisabgeordnete klare Worte gefunden: In Deutschland gilt das Betriebsverfassungsgesetz, und damit auch auf der Meyer Werft.

Es ist die Aufgabe des Betriebsrates, so viele Arbeitsplätze wie irgend möglich zu retten und die Umwandlung von Stammarbeitsplätzen in Werkvertragrarbeitsplätze zu verhindern. Nur wenn der Betriebsrat die Pläne der Geschäftsleitung für konkurrenzfähige Produkte einsehen kann, wird das letztlich den Werftstandort sichern.

Aufgabe der Politik muss es sein, die weitere Ausdehnung von Werkverträgen in anderen Branchen als der Fleischindustrie zu verhindern. Es darf nicht sein, dass wir weiter zusehen, wie bei der Meyer Werft Stammebelegschaften in Kurzarbeit sind oder gar entlassen werden, während gleichzeitig Werkvertragrarbeitnehmer das Kerngeschäft der Produktion übernehmen. Und das in einer Situation, wo die Meyer Werft auch öffentliche Subventionen aus Steuergeldern erhält.

Hier sehe ich Handlungsbedarf für die SPD-Landtagsfraktion und die Politik insgesamt, deshalb greift der grüne Antrag zur Fleischindustrie einseitig zu kurz, und wir werden ihn deshalb heute auch ablehnen.